

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: Leistungsbilanz - Bundesbank - Euromarkt - DDR - FAO-Haushalt

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1981) : Kurz kommentiert: Leistungsbilanz - Bundesbank - Euromarkt - DDR - FAO-Haushalt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 12, pp. 577-578

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135625>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Leistungsbilanz

### Aktivierungstendenzen

Erstmals seit etwa zweieinhalb Jahren wies die deutsche Leistungsbilanz im Oktober wieder einen Überschub auf. Er kam jedoch allenfalls in der Höhe – rd. 3 Mrd. DM – überraschend. So war etwa die Gemeinschaftsdiagnose der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute, die für das gesamte Jahr 1981 ein Leistungsbilanzdefizit in einer Größenordnung von 25 Mrd. DM prognostiziert hatte, für die letzten Monate des Jahres im Durchschnitt von einem leichten Überschub im Leistungsverkehr mit dem Ausland ausgegangen.

Das Oktoberergebnis spiegelt in erster Linie die deutliche Zunahme des Handelsbilanzüberschusses wider. Diese ist auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurückzuführen: eines nochmaligen kräftigen Anstiegs der Warenausfuhr, eines konjunkturbedingten weiteren Rückgangs der realen Wareneinfuhr und einer Verbesserung der Terms of Trade infolge eines wechselkursbedingten Sinkens der Einfuhrpreise. Der kräftige Ausfuhranstieg dürfte zum Teil aber eine Folge vorgezogener Käufe in Erwartung eines Wiedererstarkens der D-Mark und deshalb „überhöht“ sein. Schon von daher sollte man das Oktoberergebnis nicht überbewerten. Dies gilt auch für die Abschwächung der Passivierungstendenz in der Dienstleistungsbilanz und bei den Übertragungen sowie für das überraschend hohe Plus im Transithandel; hier sind stärkere Schwankungen von Monat zu Monat durchaus üblich.

Der Überschub in der Leistungsbilanz traf zusammen mit einem beträchtlichen Nettokapitalexport im kurzfristigen Kapitalverkehr mit dem Ausland, so daß die gesamte Zahlungsbilanz mit einem hohen Defizit abschloß. Hier dürfte nicht zuletzt das Realignment im EWS eine Rolle gespielt haben; nach der Paritätsanpassung flossen wohl zuvor spekulativ transferierte Gelder wieder ins Ausland ab. Außerdem sind bei fortbestehendem Zinsgefälle kurzfristige Anlagen im EWS-Raum nun wieder attraktiver geworden. ew

## Bundesbank

### Kleine Schritte

Der Zentralbankrat hat sich entschlossen, das für das laufende Jahr geltende Geldmengenziel auch für 1982 beizubehalten: Vom vierten Quartal 1981 bis zum vierten Quartal 1982 soll die Zentralbankgeldmenge um mindestens 4 %, höchstens aber um 7 % ansteigen.

Die Bekanntgabe des Geldmengenziels war mit einer kreditpolitischen Lockerung verknüpft: Der Sonderlombardsatz wurde von 11 % auf 10½ % herabgesetzt. Außerdem stellt die Bundesbank den Kreditinstituten mit Hilfe eines Wertpapierpensionsgeschäftes Zentralbankguthaben befristet zu einem Zins von 10,5 % p. a. zur Verfügung.

Beide Maßnahmen senken den Geldmarktzins. Sie stehen in engem Zusammenhang mit dem neuen Geldmengenziel. Der Grund: die monetäre Expansion ist zum Stillstand gekommen. Die Zentralbankgeldmenge stagniert seit dem Sommer. Gegenüber dem Durchschnitt des letzten Quartals von 1980 ist sie – auf Jahresrate umgerechnet – nur noch um etwa 3½ % gestiegen; sie hat also die diesjährige Zielspanne unterschritten. Würde die derzeitige Tendenz der monetären Entwicklung fort dauern, würde die Bundesbank ihr neues Ziel bereits von Anfang an unterschreiten. Folglich muß sie selbst für den Fall, daß sie im kommenden Jahr im unteren Bereich ihres Zielkorridors bleiben will, eine monetäre Beschleunigung einleiten. Die Notenbankinstrumente müssen damit nicht mehr eingesetzt werden, um das monetäre Wachstum zu zügeln, sondern um es wiederzubeleben. Genau dies tut die Bundesbank seit dem Herbst in kleinen Schritten. Die jüngsten Maßnahmen als einen grundsätzlichen geldpolitischen Kurswechsel zu interpretieren, wäre daher ein Mißverständnis. gm

## Euromarkt

### Neues Zentrum

Seit dem 3. Dezember dürfen Eurowährungsgeschäfte auch in den USA frei von kostspieligen Mindestreserven und Steuern abgewickelt werden. Dies war bisher nur in Zentren wie London und Luxemburg möglich. Als erste amerikanische Stadt eröffnet New York, das als weltgrößter internationaler Finanzplatz dafür auch besonders geeignet erscheint, ein solches Eurozentrum.

Die amerikanische Zentralbank (Fed) hatte die Entwicklung von Eurozentren in den USA bisher nicht zugelassen, weil der Eurodollarhandel im Inland Verknüpfungsmöglichkeiten von Inlands- und Eurodollargeschäften erleichtert und damit die Durchführung der nationalen Geldpolitik erschwert. Diese Gefahr kann auch im Rahmen der neuen Regelung nicht beseitigt werden, doch ist wohl nach Ansicht der Fed die so ungleich bessere Möglichkeit der Kontrolle bei dem stark gewachsenen Volumen und Risiko der Eurogeschäfte nunmehr höher zu bewerten. Zudem wird mit der Entstehung neuer Arbeitsplätze gerechnet. Andererseits werden

aber amerikanische Eurobanken den Standortvorteil New Yorks nur dann in großem Umfang nutzen, wenn sie darauf vertrauen können, daß ihre Geschäftsmöglichkeiten durch Kontrollen weder kurz- noch langfristig eingeschränkt werden. Hinzu kommt, daß sich die wichtigsten Finanzpartner der amerikanischen Eurobanken nach wie vor in Europa und damit in einer anderen Zeitzone befinden. Unter diesen Umständen dürften dramatische Auswirkungen für etablierte Eurozentren ausbleiben, auch wenn mit Strukturveränderungen auf Kosten kleinerer Zentren zu rechnen ist. de

DDR

## Gestoppte Kernenergie

Anläßlich eines Vortrages in Westberlin machte Prof. E. Prager von der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften kürzlich eine überraschende Mitteilung. Entgegen ursprünglichen Planungen wird der DDR ein weiterer Ausbau der Kernenergie – die Stromerzeugung aus Kernkraftwerken sollte bis 1985 um das Vierfache gesteigert werden – im laufenden VI. Fünfjahrplan nicht möglich sein. So wird der erste Block des im Bau befindlichen Atomkraftwerkes bei Magdeburg nicht bis 1985 in Betrieb genommen werden können. Als Grund führt Prager die knappen Investitionsmittel der DDR an, die vorrangig für die Modernisierung und den Neubau von Kraftwerken auf Braunkohlebasis verwandt werden sollten. Deshalb sei die DDR nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen gegenüber dem RGW hinsichtlich der Bereitstellung von Ausrüstungen für den Atomenergieausbau nachzukommen. Dies wiederum habe zur Folge, daß die Länder des RGW nicht beim forcierten Ausbau der DDR-Kernenergie helfen würden.

Vor diesem Hintergrund wird die Ankündigung Honckers auf der gerade beendeten 3. Tagung des ZK der SED, die Braunkohleförderung solle bis 1985 über das bisherige Ziel hinaus auf annähernd 295 Mill. t erhöht werden, verständlich. Mit der verstärkten Nutzung einheimischer Ressourcen werden allerdings erhöhte Kosten anfallen. Bis 1985 müssen ca. 8, bis 1990 sogar insgesamt 21 Tagebaue neu aufgeschlossen werden. Die neuen Braunkohlefelder liegen aber deutlich ungünstiger als die bereits im Abbau befindlichen. Hinzu kommt, daß die Umstellung von Heizöl auf Braunkohle sowie der Bau neuer Kraftwerke erhebliche Investitionen erfordern.

Das veränderte energiepolitische Konzept der DDR dürfte primär eine Folge ihrer gravierenden außenwirtschaftlichen Belastungen sein. Es spricht einiges dafür, daß der Kernenergieausbau zu hohen Handelsbilanz-

defiziten geführt hätte, die nur durch Kredite zu finanzieren gewesen wären. Der weiteren Verschuldung der DDR sind aber sehr enge Grenzen gesetzt. Somit ist zumindest gegenwärtig die Frage sekundär, ob Energie aus Kernkraftwerken kostengünstiger als aus Braunkohle gewonnen werden kann. pl

FAO-Haushalt

## Pyrrhussieg oder Neubeginn?

Nach harten Auseinandersetzungen wurde auf der FAO-Konferenz der Zweijahreshaushalt in Höhe von 368 Mill. US-\$ verabschiedet. Gegen die Erhöhung um 90 Mill. US-\$ sprachen sich die USA, Japan, Deutschland, Großbritannien und die Schweiz aus. Diese Staaten vereinigen einen Finanzierungsanteil von 53,6 % auf sich. Weitere neun Länder mit einem Finanzierungsanteil von 10,3 % enthielten sich der Stimme.

Trotz grundsätzlicher Einigkeit in den anzustrebenden Zielen und Maßnahmen war es nicht verwunderlich, daß die schlechte Haushaltslage der Geberländer in der Diskussion eine wichtige Rolle spielte. Erstaunlich war aber die Härte der teilweise demagogisch geführten Debatte. Vorwürfe wie der des Neokolonialismus fielen bisher primär in anderen internationalen Gremien. In Zeiten der Finanzknappheit scheinen aber fachliche Debatten an Bedeutung zu verlieren.

Dabei lassen sich die Kernpunkte der wichtigsten Geberländer auf die Forderungen nach Prioritätensetzung, Entbürokratisierung und Effizienzsteigerung und -kontrolle zurückführen. Wer diese als „silly questions“ abtut, wie der Generaldirektor Saouma, disqualifiziert sich selbst. Warum er dennoch mit den Stimmen aller Geberländer wiedergewählt wurde, bleibt ein Geheimnis der FAO-Konferenz.

Es gibt zu denken, daß die Vorschläge von Staaten mit einem Finanzierungsanteil von rund 65 % von einer Staatengruppe mit einem Finanzierungsanteil von 1,4 % kompromißlos abgelehnt werden. Abstimmungserfolge dieser Art – verbunden mit mangelnder Transparenz und fehlender Kontrolle der Mittelverwendung – dürften sich bereits mittelfristig als Pyrrhussiege herausstellen.

Zu etwas Optimismus Anlaß gibt die Tatsache, daß sich unter den Befürwortern wie unter den Gegnern des Haushalts sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer befinden. Eine klare Nord-Süd-Konfrontation wurde damit vermieden. Dies läßt hoffen, daß die FAO sich vielleicht doch noch zu Maßnahmen der Effizienzsteigerung durchringt. Nicht nur die Steuerzahler, sondern vor allem die Hungernden würden es ihr danken. fa